

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 888848 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Wolfgang Thierse MdB
zu sozialdemokrati-
schen Aufgaben und
Perspektiven im zu-
sammenwachsenden
Deutschland: Zeitge-
mäße emanzipato-
rische Strategien ent-
wickeln.

Seite 1

Dr. Wolfgang Biermann
zur deutschen Haltung
im Jugoslawien-Kon-
flikt: Zuerst den Kopf in
den Sand, jetzt mit dem
Kopf durch die Wand.

Seite 4

Rudolf Dreßler MdB
zum 65. Geburtstag
von Herbert Ehrenberg:
Dem Sozialstaat ver-
pflichtet.

Seite 6

46. Jahrgang / 243

20. Dezember 1991

Zeitgemäße emanzipatorische Strategien entwickeln Zu sozialdemokratischen Aufgaben und Perspektiven im zusammenwachsenden Deutschland

Von Wolfgang Thierse MdB
Stellvertretender SPD-Parteii- und Fraktionsvorsitzender

Mit den gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen in Deutschland und Europa seit dem Herbst 1989 haben sich die Anforderungen an sozialdemokratische Politik wie Programmatik in vielfältiger Weise verschoben, ja verändert. Das Leitbild des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft, wie es das Berliner Programm und das mittelfristige Konzept Fortschritt '90 geprägt hat, ist zumindest vorübergehend in den Hintergrund gerückt. Dabei ist die Dringlichkeit dieser Aufgabe weiterhin kaum zu bestreiten. Gleichwohl treten - im Verlauf des Jahres 1991 immer sichtbarer - die Aufgaben des ökonomischen Umbauprozesses der Planwirtschaften des Ostens unabweisbar in den Vordergrund. Und entgegen der allzu optimistischen Voraussagen der Regierungskoalition sind diese Aufgaben für den Osten Deutschlands erst zu einem geringen Teil bewältigt worden. Die SPD sollte sich im Übergang zum neuen Jahr dieser veränderten Situation erneut vergewissern, um entschlossene Handlungsfähigkeiten zu gewinnen. Ich möchte dazu mit der Beschreibung von sieben Beobachtungen und fünf Aufgabenstellungen ein Stück beitragen.

1.

Die deutsche, aber auch die europäische Einigung vollzieht sich - berechtigterweise und unausweichlich - unter der absoluten Dominanz des Westens. Teile der Linken, die dies beklagen, haben nicht begriffen, daß die Systeme des Ostens ökonomisch wie politisch an ihr Ende gelangt waren. Diese Dominanz hat eine ökonomische Seite: Es gibt offensichtlich keine erfolgreiche Alternative zum Markt als regulierendem Instrument. Und die politische Seite: Es gibt offensichtlich keine erfolgreiche Alternative zum gewachsenen System der politischen Demokratie in seiner parlamentarischen Form.

Aber diese Dominanz verwirklicht sich auch - und dies ist der eigentlich beklagenswerte Faktor - in einem ungeheuren Tempo und Problemdruck, der eine faktische, aber eben nur scheinbare Alternativlosigkeit der getroffenen Entscheidungen suggeriert. Es gibt nahezu keine Zeit und keinen Raum für notwendigen Streit über Alternativen in diesem Prozeß der Selbst- und/oder Fremdtransformation der Gesellschaften des Ostens. Und genau dies vermittelt ein sich tief eingrabendes Ge-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus V217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortlich: Helmut G. Schmidt
mit Herbert Ehrenberg
Kopplage-Paule



fühl der Niederlage in den Menschen. Ich habe von Alternativen im Prozeß gesprochen, weil ich die vielfach auch anzutreffende Haltung, sich nun einfach zu verweigern, aus dem Prozeß aussteigen zu wollen, für keine Alternative halte. Ich spreche von Alternativen im Prozeß, sonst gibt es nur das Aussteigen als Alternative.

2.

Die hier beschriebene Dominanz hat auch eine ihrer Wurzeln in der elementaren Gewalt des ökonomisch-sozialen Nachholbedürfnisses des Ostens, das im übrigen alle gängigen "linken" Zweifel und Einwände mit einigem oder beträchtlichem Recht hinwegfegt und damit den realen Kapitalismus zu bestätigen scheint. Auch hier mag man versucht sein, an den Menschen zu verzweifeln, wissen wir doch, wie janusköpfig dieser "Fortschritt" im Osten bleiben wird. Wie leicht fällt das Urteil, die Menschen hätten eben mit Kohl nur das Geld und den Konsum gewählt, und wie schwer fällt es, den Menschen im Osten beharrlich die selbstkritische Sicht des Westens aus der Perspektive der Linken aufzuzeigen. Das bleibt notwendig auf eine Weise, die das Nachholbedürfnis selbst weder denunziert oder verteufelt.

3.

Dem Zusammenbruch des realen Sozialismus, dem elementaren Aufholdruck aus dem "Osten" entspricht - zeitlich gesehen - eine Erschöpfung beziehungsweise eine Krise des Sozialstaats im Westen. Manchem mag der knappe Verweis auf Schweden nicht reichen. Ich nenne als Beispiel für die Probleme vor der eigenen Haustür die schwindende Fähigkeit, integrative Kräfte zur Lösung sozialer Konflikte zu entwickeln. Ist die Politik dazu nicht mehr in der Lage - Stichwort Arbeitsplätze, Stichwort Wohnraum - so suchen sich die Potentiale von Frustration und Empörung ihre Ventile, etwa in wachsender Ausländerfeindlichkeit. Zur Klarstellung: Ich rede weder einer verständnisvollen Beschwichtigung noch einem Automatismus des Zusammenhangs von sozialen Problemen und Rechtsextremismus das Wort. Aber wir müssen uns der Suche nach den Ursachen stellen. Dieses Schwinden der Integrativkraft des Sozialstaats wirft gleiche mehrere Fragen auf. Stehen wir vor einer zunehmenden Amerikanisierung unserer Gesellschaft als dominierender Tendenz? Gibt es ein unausweichliches Anwachsen der Akzeptanz einer Zwei-Drittel-Gesellschaft? Wie steht es unter derartigen Bedingungen mit einer strukturellen Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie in Europa.

4.

Die realen Umwälzungen und die ideologischen Erschütterungen haben die Linke, die Sozialdemokratie eingeschlossen, in eine ideologische, in eine mentale Defensive gebracht. Viele begreifen noch nicht, daß wir das Ende einer eingerichteten Gemütlichkeit in der bipolaren Welt erreicht haben. Ebenso viele fühlen undeutlich, daß das Ende der "Gemütlichkeit hinter der Mauer" gekommen ist. Das Zeitalter der Systemalternative liegt endgültig hinter uns (!) Hinzu kommt, daß sich in den Ländern des Ostens die Befreiung von der diktatorischen politischen und ökonomischen Herrschaft im wesentlichen in der Form des Nationalismus, der Rückkehr zum Nationalstaat, vollzogen hat und wohl auch vollziehen mußte. Der Nationalismus, der Nationalstaat war die Form der Befreiung von der realsozialistischen Diktatur, es ist Aufgabe einer vernünftigen linken Politik, daß er nicht zum Inhalt des emanzipatorischen Prozesses selbst wird.

Diese Gefahr ist sehr groß. Die Grenzen zwischen Widererwachen eines einigenden Nationalgefühls, der Renaissance des Anspruchs auf ein Selbstbestimmungsrecht der Völker auf der einen und einem chauvinistischen Nationalismus auf der anderen Seite sind fließend. Die Linke im Westen setzt dem vielfach ihre Ideologie vom Ende des Nationalstaats entgegen und dokumentiert damit häufig nur - mehr unbewußt als bewußt - Ihre Ängste vor den Unwägbarkeiten der Veränderungen in Osteuropa. Politikfähigkeit ist damit aber noch nicht erreicht. Die Defensivsituation bezieht sich ferner darauf, daß allenthalben vom Utopiezerfall die Rede ist. Konzepte, die auf Zukunftsfähigkeit orientiert sind, werden als nicht mehr mehrheitsfähig erfahren und empfunden. Ihre Abwehr verschärft den Druck hin zu einem atemlosen Aktualismus in der Politik. Schließlich haben viele innerhalb der gesellschaftlichen Linken, ob in der Sozialdemokratie oder in den Gewerkschaften, noch nicht verarbeitet, daß sie selbst nun - gegenüber dem

Osten und dem Süden - zum habenden Teil der Welt gehören, an den sich die Forderung des Teilens richtet.

5.

Ich beobachte einen massiven und massenhaften Widerspruch zwischen Wissen und Handeln in der Politik. Die Einsicht in die Notwendigkeit solidarischen Teilens ist als verbales Bekenntnis weit verbreitet, das Handeln zur Durchsetzung individueller Interessen bestimmt jedoch wie eh und je das öffentliche Bild. Unser Wissen über ökologische Zusammenhänge, über globale Bedrohung steht in überhaupt keinem Verhältnis zu unserem Handeln, das weiterhin von einer Ideologie des hemmungslosen Konsumismus geprägt ist.

6.

Wir nehmen weiterhin den Sieg des Industrialismus und des Konsumismus billigend in Kauf, und dabei wissen wir doch, daß unser heutiges System des industriewirtschaftlichen Wachstums nicht beliebig expandierbar ist, daß wir eine Politik und ein Wirtschaften des selektiven beziehungsweise qualitativen Wachstums brauchen (das Schrumpfen ökologisch unverträglicher Sektoren eingeschlossen). Wir wissen, daß diese Industriegesellschaft in ihrer jetzigen Form des Produzierens nicht zukunftsverträglich ist. Auch wenn es manchem so scheinen mag: Die Niederlage beziehungsweise das Scheitern des realen Sozialismus hat diese Einsichten nicht widerlegt, sie wurden nur verdrängt. Denn mit seinem (mißlungenen) Versuch des Einholens und Überholens war dieses System in der genannten Hinsicht überhaupt keine Alternative. Die katastrophale ökologische Altlastenhinterlassenschaft spricht da eine berechte Sprache.

7.

Die durch die Art der Organisation unserer Gesellschaften in Ost und West erzeugten Fehlentwicklungen, hervorgerufen durch den immanenten Zwang zu ungehemmter Akkumulation und maßlosem Wachstum sowie die Abhängigkeit der politischen Legitimationssysteme beziehungsweise der sozialen Sicherungssysteme von dieser Systemlogik produzieren jene globalen Probleme, vor denen wir nun erst recht stehen (ich sage erst recht, weil nicht mehr "abgelenkt" durch die "Systemalternative"):

- die globale soziale Ungerechtigkeit, das heißt die Zunahme von Armut beziehungsweise der Wohlstandsunterschied zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern,
- die rasante weltweite Zunahme der Umweltzerstörung.

Der hier knapp zitierten Beschreibung von neuen Problembereichen, die sich im einzelnen mehr oder weniger mit dem Überlagern, was bereits die Grundlage der Programmforderungen von Berlin bildet, erfordern neues Nachdenken und neue Anstrengungen für die Politik der Sozialdemokratie in den kommenden Jahren. Ich beharre darauf, daß diese Arbeit nicht nur um unserer selbst willen zu leisten ist, sondern um der Perspektive unserer gesamten Gesellschaften und der Menschheit als Gesamtheit willen. Ich möchte dazu in nochmals fünf Punkten Aufgaben benennen.

1. Notwendig ist sozialistische und ökologische Trauerarbeit zugleich. Wir brauchen eine differenzierte Analyse des Scheiterns des realen Sozialismus, bezogen auf seine Theorie- wie seine Verwirklichungsgeschichte beziehungsweise ihre jeweilige Verschränkung. Dazu gehört die Analyse der Ursachen von Handlungsunfähigkeit auf beiden Seiten (Ost wie West), der Ursachen der Trennung von Wissen und Handeln verbunden mit einer Analyse der dafür verantwortlichen ökonomischen und politischen Zwänge. Und wir brauchen eine Analyse der Mechanismen von Verdrängung und Verarbeitung - ich nenne als Stichworte für den Osten das "Wendehals-Syndrom" und für den Westen die entsprechenden Entschuldigungsriten.
2. Wir brauchen Konzepte für eine neue Form der innergesellschaftlichen Meinungsbildung, der Entwicklung von Problembewußtsein und von Bereitschaft zum Teilen. Dies sind die Voraussetzungen einer Mehrheitsfähigkeit für eine soziale und ökologische Erneuerung.

Eingeschlossen ist bei dieser konzeptionellen Suche die Notwendigkeit der beständigen Selbstvergewisserung hinsichtlich unserer traditionellen sozialdemokratischen Werte. Um es in eine Frage zu kleiden: Wie weit trägt noch in einer Gesellschaft mit zunehmenden Tendenzen der Individualisierung unser Einfordern von Solidarität als handlungsleitendem Begriff?

3. Wir benötigen realistische und attraktive Handlungskonzepte, die den einzelnen erreichen. Wenn es richtig ist, daß mit dem genannten Individualisierungstrend Entsolidarisierungsprozesse verbunden sind, dann ist die Sozialdemokratie überlebensnotwendig auf Reformstrategien angewiesen, die auf die Förderung von individueller Vielfalt in solidarischen Zusammenhängen gerichtet sind. Wir brauchen Phantasie für neue Formen demokratischer Entscheidungsprozesse, die verständigungsorientiert zu organisieren sind und auf die Subjekthaftigkeit der Individuen zielen, also ihren gewachsenen Ansprüchen gerecht werden.
4. Sozialdemokratische emanzipatorische Konzepte und Strategien werden also von Offenheit und Pluralität geprägt sein müssen. Diese Anforderung ergibt sich von zwei Seiten her. Es ist die Antwort auf den ideologischen Allmachtanspruch der Gesellschaften des Marxismus/Leninismus im Osten, und es ist das Resultat der sich stärker differenzierenden gesellschaftlichen Binnenstruktur im Westen.
5. Schließlich müssen wir lernen, unseren Grundwert der Solidarität künftig in zwei Dimensionen zu denken und zu praktizieren: Einmal als soziale, als Dimension des Teilens in Richtung Ostdeutschland, Osteuropa und Dritte Welt. Das heißt, erforderlich sind Konzepte für nationale, für europäische, für globale Solidarität. Heinz-Werner Meyer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat es kürzlich treffend so ausgedrückt: Bisher war die Bundesrepublik "Mitglied eines Bündnisses der Reichen gegen die Armen". Da Teilen kein idyllischer Vorgang ist, sondern Verteilungskampf, brauchen wir Konzepte für die friedlichen Regeln dieses Verteilungskampfes.

Und wir werden künftig Solidarität als ökologische Solidarität zu denken und zu praktizieren haben. Das heißt, wir müssen Konzepte für die demokratisch vermittelte Einsicht in die Bedingungen von Freiheit und Zukunft entwickeln und praktizieren. Dies ist im übrigen notwendiger Bestandteil einer qualitativen Bestimmung dessen, was im Nachholprozeß der Gesellschaften des Ostens von vornherein mitgedacht und mitpraktiziert werden muß, sollen nicht alle Fehler des Westens im Wege einer nachholenden und nachahmenden Industrialisierung und Restrukturierung wiederholt werden.

(-/20. Dezember 1991/rs/fr)

Zuerst den Kopf in den Sand, jetzt mit dem Kopf durch die Wand Zur deutschen Haltung im Jugoslawien-Konflikt

Von Dr. Wolfgang Biermann

Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit

"Deutsche Muskeln in Aktion" schrieb die liberal-konservative norwegische Zeitung "Dagbladet" über den Beschluß der EG zur Anerkennung jugoslawischer Teilrepubliken als souveräne Staaten. Auch in anderen Ländern Westeuropas regt sich der Unmut über den deutschen Druck in Richtung auf baldige Anerkennung der jugoslawischen Republiken. Frankreichs Außenminister Roland Dumas kleidete seine Skepsis in eine Frage, "ob Deutschland den 15. Januar und das Urteil der Schiedskommission abwarten werde, oder ob Bonn das tun wird, was es vorgehabt hat". Ähnliche besorgte Töne sind aus den USA zu hören. Im Sommer, vor der Offensive der Bundesarmee, war die Anerkennung ein mögliches Mittel zur Verhinderung des Krieges - unter der Voraussetzung der Einmütigkeit der EG. Die von der EG abgekoppelte

und damit unwirksame deutsche Drohung mit der Anerkennung mußte von der Bundesarmee als Bestätigung ihres Feindbildes ("Nach 50 Jahren wollen die Deutschen schon wieder Jugoslawien zerschlagen") und wegen ihrer Folgenlosigkeit als Freibrief zum Schaffen von vollendeten Tatsachen verstanden werden.

Heute, nach der Besetzung großer Teile Kroatiens und angesichts der unglaublichen Eskalation der Unversöhnlichkeit, ist die Kernfrage, auf welche Weise der Konflikt in Jugoslawien deeskaliert, die Bundesarmee zum Verlassen Kroatiens veranlaßt und der Krieg beendet werden kann.

Mit der diplomatischen Anerkennung jener Republiken, die dies gerne wünschen, ist nicht ein einziger Konflikt gelöst, werden aber viele neue Fragen aufgeworfen:

1. Wer bewegt wie die Bundesarmee aus Kroatien heraus?
2. Wer garantiert wie, daß der Krieg nicht weiter eskaliert?
3. Wer garantiert wie die Selbstbestimmungsrechte jener Völker in den jugoslawischen Republiken, die sich als Nationen und keineswegs als "Minderheiten" empfinden, wie die deutsche Diskussion suggeriert? (Nicht ohne Grund spricht die EG nicht von "Minderheiten", sondern von "nationalen Gruppen", und das gilt nicht nur für Serben in Kroatien, sondern auch zum Beispiel für Albaner in Kosovo.)

Fakt ist: Die EG hat bislang aufgrund ihrer inneren Zerrissenheit in der Jugoslawienfrage nicht vermittelt, sondern zur Eskalation des Krieges beigetragen. Jede Seite in Jugoslawien fand sich durch jede mit ihr befreundete Seite innerhalb der EG bestärkt. Das gilt für den nationalistischen Demagogen Milosevic, aber auch für den so umworbene Präsidenten Tudjman. Er äußerte selbstverständlich die Erwartung, daß nach der Anerkennung der Befreiungskrieg gegen Serbien und den Kommunismus erst richtig losgeht. Und vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik ließ Präsident Tudjman Anfang Dezember auch keinen Zweifel über seine Meinung zu den besonderen deutsch-kroatischen Gemeinsamkeiten. Originalton:

"Die Nachkriegsgenerationen unserer Länder haben die Folgen einer Politik, die auf der These von der "dauernden geschichtlichen Schuld und Genozidität" des deutschen beziehungsweise kroatischen Volkes fußte, schmerzlich zu fühlen bekommen."

Und Tudjman weist noch besonders auf seine Rolle als Historiker hin:

"Ich wollte als Wissenschaftler die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß über den deutschen Imperialismus einseitig geurteilt wird, weil man darauf vergaß, daß er aus geopolitischen Gründen auf europäischem Boden zum Tragen kam, daß aber andere Großmächte eine wahre imperialistische Politik auf der ganzen Welt verfolgten".

Nun mag man den Präsidenten Tudjman für einen gemäßigten Nationalisten halten, jedenfalls für kroatische Verhältnisse. Aber immerhin warnte Thomas Wittke in einem Leitartikel des im allgemeinen Genscher-freundlichen Bonner "General-Anzeiger":

"Jedes neue nationale Gebilde birgt Unwägbarkeiten und Risiken. Aus sich demokratisch gebärdenden Helden der Unabhängigkeitsbewegung wird schnell der Diktator von morgen. ... besteht nicht die Gefahr, daß auch diplomatisch anerkannte Staaten ihre historische Rivalitäten gewaltsam fortsetzen wollen?"

Johann Georg Reißmüller von der FAZ sieht die Sache schon wesentlich gröber: Seiner Meinung nach konnte die "westliche Staatengemeinschaft zweierlei tun: Entweder mit olter Streitmacht Serbien entgegentreten und es zur Feuereinstellung und Rückzug zwingen, oder der Republik Kroatien die zur Verteidigung notwendigen Waffen liefern." Was der FAZ-Herausgeber offensichtlich nicht versteht, ist die Unklarheit über die eigentliche Front in einem solchen Verteidigungskrieg: Serben leben, einem Leopardenfell gleich, zwar konzentriert, aber durchaus verteilt in Kroatien, in Bosnien-Herzegovina und anderen Republiken außerhalb Serbiens. Allein Slovenien bietet sich als "eindeutige" Nation in ihren Grenzen an.

Gerade um der Kompliziertheit der Lage gerecht zu werden, unterstützte der UN-Sicherheitsrat den Lösungsvorschlag des UN-Generalsekretärs: Schaffung von durch die UN kontrollierten Gebieten in den jetzigen Kampfgebieten, Abzug der Bundesarmee und der anderen bewaffneten Streitkräfte aus diesen Regionen und Schutz der (zum Teil aus der Flucht zurückkehrenden) Bevölkerung durch die Friedenstruppen. Offensichtlich ging der UNO-Generalsekretär davon aus, daß Serbien und die Bundesarmee mit einem solchen Konzept ihr Gesicht wahren könnten und zustimmen würden, wenn sie nicht mit einer Anerkennung Kroatiens vor weiteren Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen der Republiken untereinander rechnen müßten. Auch die amerikanische Regierung schloß sich dieser Einschätzung an, obgleich sie zuvor noch eher einem Senatsbeschluß zuneigte, der die Anerkennung von Slowenien und Kroatien vorsah.

Mit anderen Worten: Ein Lösungsvorschlag zur Deeskalation und zum Abzug der Streitkräfte schien aus der Sicht der UN der geeignetere Weg als der deutsche Weg der Anerkennung. Der UN-Generalsekretär war sich auch der besonderen Brisanz bewußt, wenn ausgerechnet Deutschland und Italien eine Vorreiterrolle bei der "Wiedergeburt" Kroatiens spielen würden. Vor diesem Hintergrund dürfte die Sorge Norbert Gansels nicht unberechtigt sein, daß vor allem mit der Fristsetzung der Anerkennung auf den 15. Januar, geradezu der Anreiz für die Bundesarmee und die serbischen Tschetniks geboten wird, vor lauter Haß auf die "bösen Deutschen" dafür zu sorgen, daß am 15. Januar Ruinen und Leichen anerkannt werden.

Zu hoffen ist, daß Deutschland gemeinsam mit der EG der UN hilft, einen Ausweg zu finden.

(-/20. Dezember 1991/rs/ks)

Dem Sozialstaat verpflichtet **Herbert Ehrenberg zum 65. Geburtstag**

Von Rudolf Dreßler MdB

**Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AIA)**

Herbert Ehrenberg ist ein kämpferischer Sozialdemokrat mit großer Neigung zur Auseinandersetzung, wenn es darum geht, die Interessen der Arbeitnehmerschaft gegen auch sehr mächtige Kontrahenten zur Sprache zu bringen. Wir brauchen diesen Typus des ebenso sozialpolitisch wie wirtschaftspolitisch versierten Sozialdemokraten, der seine politischen Lehrjahre in den Gewerkschaften nie vergessen hat und der sein Lebenswerk der Frage gewidmet hat, wie sich Verteilungsgerechtigkeit, Sozialstaatlichkeit und wettbewerbsfähiges Wirtschaften miteinander verbinden lassen. Wir brauchen diesen Typus heute übrigens mehr denn je.

Herbert Ehrenberg hat bis in die jüngsten Tage hinein immer wieder bedenkenswerte Anstöße gegeben - zuletzt für den Aufbau in den neuen Ländern, dem er sich nach einer langen Zeit als Parlamentarier und Minister in sozial-liberalen Kabinetten nun verpflichtet sieht. Seine Kanten kommen ihm hierbei ebenso zustatten wie seine wirtschafts- und sozialpolitischen Erfahrungen. Und ich bin überzeugt, daß wir von Herbert Ehrenberg noch manches Urteil und manchen Rat bekommen, gefragt oder ungefragt, immer dann, wenn er sieht, daß seine Partei mit den ihm heiligen Grundsätzen einen leichteren Umgang pflegt. Herbert Ehrenberg wie andere werden mich in dieser Wertung gewiß nicht mißverstehen.

Wir wünschen ihm in den kommenden Jahren Schaffenskraft, Überzeugungsfähigkeit und die Lust zum Streit mit und in der SPD.

(-/20. Dezember 1991/rs/fr)

Wir wünschen unseren Lesern gute Weihnachtstage. Unsere nächste Ausgabe erscheint am 27. Dezember.

Verlag und Redaktion des SPD-Pressedienstes